

# Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder  
sowie der freien eingeschriebenen Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Nr. 36. **Ersteilt alle Sonnabende.** Abonnementpreis 1.50 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstr. 17, Fernspr. Amt 3, 3622. **Hamburg,** Sonnabend, 4. September 1909. **Anzeigen kosten die 4gespaltene Petitzeile** ober deren Raum 40 Pfg. (der Betrag ist stets vorher einzusenden.) **23. Jahrg.** .. Vereinsanzeigen 20 Pfennig die Zeile ..

## Kollegen! Sorgt für die weitere Ausbreitung des Verbandes!

### Wahre und falsche Volkspolitik.

I.

Weil die unterdrückte Volksklasse seit Jahrtausenden in geistiger und wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihren Herren erhalten worden ist, hat sie sich gewöhnt, ihre eigenen Interessen durch die Willkür der Herrschenden zu betrachten. Sie unterscheidet nicht scharf genug zwischen dem, was ihr selbst zum Heile dient, und dem, was im Interesse ihrer Ausbeuter liegt.

Erst seit einigen Jahrzehnten beobachten wir eine allmähliche Wendung zum Besseren. Die große Masse des Volkes erwacht aus tiefem Schlafe und reißt sich die Augen. Sie erkennt die Klassengegensätze und aus dieser Erkenntnis erwächst das Klassenbewußtsein, das hinwiederum den Klassenkampf erzeugt. Dieser Klassenkampf, in dem wir uns mitten drin befinden, erfordert es, daß sich das Proletariat ein eigenes Recht, eine eigene Moral und eine eigene Politik schafft. Heute, am Anfang des 20. Jahrhunderts, ist der Sieg der breiten Volksmassen über die absolute oder halbabsolute Fürstengewalt zwar noch nicht errungen, aber doch gesichert. Deshalb ist es wohl an der Zeit, nunmehr auch den Volksmassen die Mittel zu zeigen, durch die sie ihre Zwecke erreichen und dauernd behaupten können. Während aber den Fürsten ihre persönlichen und Familieninteressen auf das genaueste bekannt waren, müssen den Volksmassen ihre wahren Zwecke erst dargelegt werden, weil sie durch eine einseitige Volkserziehung seit Jahrtausenden gewöhnt worden sind, die selbstsüchtigen Interessen der herrschenden Klassen als die idealen Ziele eigenen Handelns zu betrachten.

Es bedarf noch einer angestrebten Aufklärungsarbeit, um das Volk zu einer richtigen Volkspolitik zu erziehen, und die folgenden Ausführungen sollen diesem Zwecke dienen.

Zunächst ist es nötig, das Verhältnis zwischen Staat und Volk zu erörtern. Bekanntlich gibt es zwei Auffassungen vom Wesen des Staates: nach der einen Auffassung ist der Staat ein lebensvoller Organismus, in dem jedem Gliede durch die unabänderlichen Gesetze Gottes oder der Natur seine bestimmte Aufgabe zugewiesen ist, nach der anderen Auffassung ist der Staat als eine Machtorganisation anzusehen, in der die Besitzenden als Herren und Gebieter, und die Besitzlosen als Knechte und Untergebene erscheinen. Vom Standpunkte der ersteren Auffassung aus werden die unteren Volksklassen sich als dienende Glieder des Ganzen fühlen und alle Lasten zugunsten der oberen Schichten willig und ohne Murren tragen, vom Standpunkte der letzteren Auffassung aus werden die unteren Volksklassen versuchen, die Unterdrückung und Entrechtung zu beseitigen und soziale Zustände zu schaffen, die auf der wirtschaftlichen Gleichheit und der politischen Gleichberechtigung beruhen.

Die Entstehungsgeschichte der Staaten aller Zeiten lehrt uns, daß der Staat aus der Unterdrückung fremder Völker entstanden ist und im Grunde genommen ursprünglich nichts weiter war als eine organisierte Räuberorganisation. Doch später gelang es den Staatsgewalten, durch Erziehung, religiöse Einflüsse und strenge Strafen den Widerstand der Unterdrückten zu brechen und in ihnen die Anschauung zu erzeugen, daß der Staat eine auf göttlicher Vorsehung beruhende Rechtsordnung sei. Erst in der neueren Zeit, namentlich seit der großen französischen Revolution, gewann die Ueberzeugung immer mehr an Boden, daß der Staat nicht eine Organisation des Rechts sei, sondern daß die Staats- und Rechtsordnung durch Gewalt von den Siegern den Besiegten aufgezwungen worden sei. Besonders die unteren Volksklassen fingen nun an, die bestehenden staatlichen Einrichtungen mit ihren eigenen Interessen zu vergleichen, wobei sich ergab, daß der Staat nur den oberen Klassen nützt, während er die unteren benachteiligt, daß er also vom Standpunkt der letzteren aus nicht als Organisation des Rechts, sondern als eine Organisation des Unrechts zu bezeichnen ist. Aus diesen zunächst rein

theoretischen Erörterungen heraus erwachsen dann die praktischen Versuche des Proletariats, sich mit dem Staat und den herrschenden Klassen auseinanderzusetzen und eine Umbildung der bislang bestehenden Rechts- und Staatsordnung vorzunehmen. Dieser große Rechtsstreit zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, der in Wirklichkeit ein Streit um die Macht ist, spielt noch heute; er nimmt immer neue Formen an und spitzt sich immer mehr zu. Die Mittel, um ihn siegreich zu Ende führen zu können, lehrt uns die Volkspolitik kennen.

Eins der wichtigsten Mittel in diesem Kampfe ist das demokratische Mißtrauen. Ein Volk muß alle Handlungen der Regierung mit Mißtrauen beobachten und alle Maßregeln, die seiner Freiheit gefährlich werden können, mit Energie zu verhindern wissen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus dem Wesen des Klassenstaates, der die Interessen der herrschenden Klassen vertritt und die Rechte des Volkes möglichst zu beschneiden sucht. Der Staat mißtraut dem Volke stets und ständig, weshalb er es durch die Polizeiorgane überwachen läßt, vom Volke aber verlangt man, daß es der Regierung Vertrauen schenken soll.

Und doch kann von einem Vertrauen nimmermehr die Rede sein. Denn zu allen Zeiten hat der Staat als der Stützpunkt der Unterdrückungs- und Entrechtungsbestrebungen, in einem schroffen Gegensatz zu der großen Masse des Volkes gestanden und umgekehrt hat das Volk die Tätigkeit des Staates fortwährend mit Mißtrauen betrachtet. Dieses instinktive Gefühl des Mißtrauens können wir auch noch heute, und heute erst recht, wahrnehmen. Und mag sich die Regierung noch so sehr in den Mantel der Volksfreundlichkeit hüllen und sich den Anschein geben, als tue sie alles nur im Interesse des Volkes, mag sie noch so sehr von ihrem warmen Herzen für das Volk reden, das Mißtrauen des Volkes läßt sich nicht, trotz aller Einschüflerungsversuche. Daher auch das Bestreben der breiten Volksmassen, an der Regierung teilzunehmen und sich das Mitbestimmungsrecht erkämpfen zu wollen, daher das Verlangen nach einer wirklichen Verfassung, die dem Volke die Möglichkeit gibt, seine Geschicke selbst zu lenken und zu leiten, daher der immer wieder hervorbrechende starke Wille, der Demokratie zum Durchbruch zu verhelfen.

Der Interessengegensatz zwischen Volk und Staat hat sich unter allen Staatsformen gezeigt. Weder in der Theokratie, der Herrschaft einer Priesterkaste, die sich als die Vollstreckerin des göttlichen Willens aufspielt, noch in der Aristokratie, der Herrschaft der „Edelsten und Besten der Nation“, noch in der Monarchie, der Herrschaft einer einzelnen Familie, können die Interessen eines Volkes gewahrt bleiben, nur die Demokratie ist imstande, dem Volke zu seinem Rechte zu verhelfen. Naturgemäß schwebt deshalb jedem zum Bewußtsein erwachten Volke die demokratische Staatsform als das erstrebenswerte Ziel seiner Politik vor. Das souveräne Volk will keinen Herrscher mehr über sich dulden, sondern es will durch selbstgewählte Vertrauensmänner sein Geschick selbst in die Hand nehmen. Hieraus erklärt es sich auch, daß das moderne Proletariat diesen Teil seines Bestrebens in dem Namen „demokratische Partei“ zum Ausdruck bringt.

Wie jedermann weiß, schwebt die Politik nicht in der Luft, sondern sie ruht auf einem realen Untergrunde: die politische Herrschaft ist im Grunde genommen nur eine wirtschaftliche, und die politischen Bestrebungen gehen aus wirtschaftlichen Motiven hervor. Diesen Gedanken muß man festhalten, wenn man das politische Leben beurteilen will. Die politische Stellung einer Klasse, z. B. des preußischen Junkertums, wird stets zu wirtschaftlichen Zwecken ausgenutzt und diejenige Gruppe, die in einem Staate den maßgebenden Einfluß besitzt, schanzte sich in allen Ecken und Enden wirtschaftliche Vorteile zu, während sie die Lasten des Staates von sich abwälzt. In dieser Beziehung wollen wir nur auf Preußen hinweisen, wo die Junker die Regierungsmaschinerie infolge des Dreiklassenwahlsystems nach Gutdünken handhaben und sich Millionen und abermals

Millionen in die Tasche stecken, während sie die Kosten der Staatsmaschine (Militär, Marine, Polizei, Kirche, Schule, Beamtenchaft usw.) auf dem Wege der indirekten Steuern den unteren Schichten aus der Tasche ziehen. Populär ausgedrückt könnte man sagen: die oberen Schichten bewilligen die Steuern, die unteren müssen sie bezahlen!

Aus diesem Grunde muß die Volkspolitik ein doppeltes Ziel verfolgen: sie muß danach streben, für die Masse des Volkes die politische Freiheit und rechtliche Gleichstellung aller Staatsbürger zu erringen, zugleich aber auch muß sie die bisherigen sozialen Zustände und besonders die Eigentumsverhältnisse so umgestalten, daß sie jedem Bürger eine wirtschaftliche Unabhängigkeit und eine gesicherte Lebensexistenz gewährleisten. Ganz folgerichtig nennt sich deshalb die moderne Arbeiterbewegung auch die soziale Demokratie, ein Name, der beide Bestrebungen umfaßt.

Aus den sozialen und politischen Verhältnissen heraus erklärt es sich, daß die oberen Schichten bislang immer den unteren Schichten gegenüber im Vorteil gewesen sind. Ihnen standen und stehen alle Bildungsmittel zur Verfügung, sie haben mehr Zeit zur Verfügung als die Arbeiter, sie sind in wirtschaftlicher Beziehung unabhängig und in politischer Beziehung bevorrechtet, sie haben sich den Beamtenapparat des Staates nebst Kirche, Schule und Militär dienstbar gemacht. Dagegen haben die unterdrückten Volksklassen, abgesehen von ihrem zahlenmäßigen Uebergewicht, die größere Begeisterung und Opferfreudigkeit, sowie den Sinn für Disziplin und Organisation für sich. Nur durch festen Zusammenschluß, durch ein einheitliches Zusammenfassen aller Kräfte ist es dem modernen Proletariat möglich, seine Ziele zu erreichen. Deshalb ist die Organisation das wichtigste Mittel der Volkspolitik und alle Zersplitterungsbestrebungen hemmen den Fortschritt und dienen den oberen Schichten, weshalb sie von diesen auch in jeder Weise gefördert werden.

Wie uns die Geschichte der Vergangenheit und der Gegenwart lehrt, befinden sich in jedem Staate Regierung und Volk in einem natürlichen Gegensatz. Da die Regierung als das ausführende Organ des Klassenstaates stets die Interessen der oberen Volksklassen vertritt, so wird sie selbst in einem sogenannten freien Staate, einer demokratischen Republik, den Volksmassen sofort mit dem Schwert in der Hand entgegentreten, wenn diese den Versuch machen, die bestehenden Eigentumsverhältnisse gründlich umzugestalten. Sobald das Proletariat daran geht, der Ausbeutung auf den Leib zu rücken und um wirtschaftliche Vorteile zu kämpfen, arbeitet die Regierungsmaschine mit brutaler Gewalt dagegen an, um diese Emanzipationsbestrebungen niederzuschlagen. Dies geschieht ebenso gut im tsaristischen Rußland wie im demokratischen Frankreich, in der freien Schweiz und in den amerikanischen Freistaaten — ein Beweis, daß die theoretische Freiheit und Gleichheit allein nur ein Schattengebilde ist, eine leere Hülse, die der erste beste Windstoß in die Luft verweht. Politische Freiheit und wirtschaftliche Macht müssen sich also gegenseitig ergänzen. Dies hat das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erkannt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es der politischen Arbeiterbewegung die Gewerkschaften und Genossenschaften angliederte, um auf diese Weise drei Eisen im Feuer zu haben.

Leider beobachten wir in den unteren Volksklassen eine bedauerliche Zersplitterung, die selbst dann ihre unheilvolle Wirkung ausübt, wenn es sich um die ureigensten Interessen der Volksmassen handelt. Dies liegt vor allen Dingen daran, daß die unteren Schichten viel mehr von Vorurteilen, Schlagworten und Programmsätzen beherrscht werden, als dies bei den oberen Schichten der Fall ist. Ist es nicht ein wahrer Skandal, daß die Arbeiter sich noch um solche Dinge gegenseitig zerfleischen, über die die Besitzenden, wenn sie unter sich sind, höhnisch lachen? Was kümmert sich ein moderner Kapitalist oder ein Agrarier um Religion und religiöse Unterschiede? Die konservativen Junker angeln nach jüdischen Goldfischen, die







tung glauben die Mitglieder in der Aktion Leipzig selbst nicht, es sind nur Phrasen, die sie aus dem Anarcho-Lexikon herbeigeht, denen jeder tatsächliche Sinn abgeht.

Wenn der Kollege Alvetatsch lediglich aus Pflichtgefühl für die Arbeitslosenunterstützung eingetreten und dafür gestimmt hat, so war seine Rolle als Delegierter eine sehr untergeordnete. Trotzdem es im Statut heißt, gebundene Mandate sind unzulässig, hat sich der Kollege ein solches aufbinden lassen, indem er aus Pflichtgefühl gegen seine eigene Überzeugung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eingetreten ist.

**Uebersicht über die Mitgliederbewegung im 1. Halbjahr 1908 und 1909.**  
7. Bezirk.

Filiale	Beitrags- marken		Beitrags- marken auf das Mitglied		Durchschnitts- Mitgliebezahl		
	1908	1909	1908	1909	absolut	nach Bei- trägen	
	1908	1909	1908	1909	1908/1909	1908/1909	
Magdeburg	1279	976	27,8	20,0	46	49	38
Hannberg	1461	865	23,2	18,4	63	47	33
Bayreuth	1189	980	17,2	18,8	69	52	38
Hof	541	412	22,5	16,0	21	28	16
Ingolstadt	425	273	20,0	15,2	17	18	10
Kempten	522	462	23,7	23,1	22	20	18
Kulmbach	368	248	18,4	14,6	20	17	15
München	24648	24679	25,5	24,6	968	1005	949
Neuburg	24648	22346	23,6	22,4	1045	1008	948
Passau	—	589	—	21,0	—	28	23
Regensburg	83058	2728	24,1	25,2	1127	108	105
Reichenhall	1409	1005	32,7	31,4	43	32	38
Rosenheim	323	459	17,0	25,5	19	18	18
Schweinfurt	1993	783	25,3	20,6	58	38	30
Würzburg	10598	10660	24,8	25,4	425	419	407
Erlangen	1260	—	29,3	—	43	—	48
78122   67663		24,5   23,4		2986   2885		2311   2603	

s mit Passau.

Filiale	Auf- nahmen		Ge- strichen		Aus- getreten		Ab- gerückt	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909	1908	1909
	1908	1909	1908	1909	1908	1909	1908	1909
Magdeburg	48	16	8	1	3	—	35	16
Hannberg	9	9	20	5	10	7	5	5
Bayreuth	20	32	8	7	—	—	3	5
Hof	5	19	11	4	—	—	4	2
Ingolstadt	7	3	4	2	6	1	10	5
Kempten	17	15	12	6	2	—	8	6
Kulmbach	7	3	—	2	—	—	7	4
München	306	283	129	53	32	35	115	177
Neuburg	340	287	36	80	100	26	233	123
Passau	—	16	—	—	—	—	—	8
Regensburg	32	20	6	4	12	—	7	9
Reichenhall	34	27	—	5	1	—	57	56
Rosenheim	14	10	—	—	—	—	8	10
Schweinfurt	32	7	24	4	—	—	10	8
Würzburg	55	53	9	12	8	12	39	40
Erlangen	5	—	1	—	2	—	2	—
931   800		268   185		176   81		543   471		

Arbeitslosenmarken haben im ersten Halbjahr verkauft: Magdeburg 3, Kempten 25, München 946, Nürnberg 63, Regensburg 74, Reichenhall 20, Rosenheim 2, Würzburg 268, in Summa 1391 Stück.

Mitgliebezahl quartalsweise für den ganzen Bezirk:						
Quartalsabschluss		Nach Beiträgen		Aufnahmen		
I.	II.	I.	II.	I.	II.	
1908:	2882	3080	2769	2857	420	511
1909:	2701	3073	2341	2822	169	631

**Gewerkschaftliches und Soziales.**  
Das 20jährige Bestehen des Bergarbeiterverbandes. In der Bergarbeiterzeitung finden wir folgenden Rückblick: „Am 18. August 1889 fand in Dorffeld bei Dortmund ein Bergarbeiteritag statt, der von mehr als 200 Delegierten aus den Bergrevieren Deutschlands besetzt war.“

Deutschland bis dahin noch nicht gesehen hatte. Wie die Sturmbräut in der Nacht war der unbegreifliche Nierenstreik der Bergarbeiter gekommen, alles mit sich fortreisend. In Ruhrbecken legten rund 90.000 in den übrigen Revieren 40—50.000 Bergarbeiter die Arbeit nieder, um das, was wir von unseren Vätern ererbt haben, wiederzugewinnen.

Man appellierte an den deutschen Kaiser als „obersten Bergheeren“ um Vermittlung. Und der Kaiser sprach zu den drei Abgeordneten der Bergarbeiter, Schröder, Bunte und Siegel. Er sagte ihnen, daß der Streik ein ungesetzlicher sei, weil die Kündigung nicht eingehalten war: „Ihr seid kontraktbrüchig.“

Wie die Dinge im Ruhrbecken damals lagen, erhellt auch daraus, daß am 24. Mai das in Bochum tagende Komitee der erneut in den Kampf getretenen Bergarbeiter verhaftet wurde. Warum, das weiß heute noch kein Mensch. Aber der Herr Schulte-Benninghofen, der die Verhaftung verfügende Bochumer Staatsanwalt, ließ durchblicken, wie die Situation stand.

Das Resultat war, obwohl auf den verschiedenen Kirchhöfen sich schon die Gräber von Erschossenen gewölbt hatten, Gräber erschossener Bergarbeiter, von Bürgern und sogar — das einer Frau! 11 Tote und 26 Vermundete waren als Opfer gefallen. Und über alles hinaus die Ermahnung zur Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Tausende und Abertausende Bergarbeiter schlossen sich dem Verband sofort oder in den nächsten Jahren an. Furchtbare Feinde erstanden dem jungen Verbands, Feinde, die rücksichtslos die Waffen der Brutalität, der Niedertracht, der Lüge und der Verspottung schwingen, und die es schließlich so weit brachten, daß der Verband, der schnell auf ja 30.000 Mitglieder gewachsen war, auf wenige Tausend zusammenschmolz.

Die Entwicklung des Bergarbeiterverbandes zeigt deutlich die Fortschritte, die die deutschen Arbeiter seit zwei Jahrzehnten gemacht haben. Die Klassenbewußtsein der Arbeiter haben es verlernt, auf die Hilfe der Fürsten und das Wohlwollen der Unternehmer zu hoffen, sie vertrauen auf ihre eigene Kraft und die Macht ihrer Organisation.

Bereinigungen wegen Arbeiterentlassungen in der Brauindustrie. Wie wir schon berichteten, haben die Unternehmerorganisationen in der Brauindustrie mit dem Brauereiarbeiterverband vereinbart, daß Arbeiterentlassungen infolge Rückgangs des Bierkonsums für eine bestimmte Zeit möglichst oder ganz vermieden werden sollen. Die Unternehmer erklärten sich bereit, an ihre Unterverbände bzw. Mitglieder die dringende Empfehlung zu richten, die Entlassung von Arbeitskräften bis zum 1. Mai 1910 möglichst einzuschränken.

Arbeiterentlassungen wegen Konsumrückganges bis zum 1. Mai 1910 überhaupt nicht vorzunehmen, ganz gleich, wie groß der event. Konsumrückgang sein sollte.

Die Vereinbarung des Brauereiarbeiterverbandes mit der „Norddeutschen Brauereivereinigung“ — der 41 Brauereien in 20 Orten angehören — lautet: § 1. Die in diesem Gebiet liegenden, der Norddeutschen Brauereivereinigung angehörenden Brauereien, welche hierunter namentlich aufgeführt sind, sind verpflichtet, für den Fall, daß in ihren Betrieben vom 15. August 1909 ab aus Anlaß der Brauereiarbeiter- und Bierpreiserhöhung ein Konsumrückgang sich zeigen sollte, keinen ihrer Arbeitnehmer aus Veranlassung dieses Konsumrückganges auszustellen, wenn dieser Konsumrückgang die Höhe von 15 Proz. des im letzten Jahre vor dem 15. August 1909 abgelaufenen Zeitraumes nicht überschreitet.

Früchte der neubesseren Sozialpolitik. Nachdem nunmehr eine Reihe von Ziffern über die Ein- und Ausfuhr von Waren nach und von Deutschland im Jahre 1908 bekannt werden, zeigt es sich, wie schwer die wirtschaftliche Krise und die Folgen der unklaren Sozialpolitik auf dem deutschen Volke lasten. Am bemerkenswertesten hierfür ist der Rückgang der Einfuhr der wertvollen Nahrungsmittel. So verminderte sich die Einfuhr von Butter von 388.000 Doppelzentnern im Jahre 1907 auf 338.000 Doppelzentner im Jahre 1908.

Soweit für das erste Halbjahr 1909 schon Mitteilungen vorliegen, hat in diesem Jahre diese furchtbare Tendenz andauernd. Im Handelsverkehr mit England sind fast alle Ausfuhrartikel zurückgegangen.

Die Gefängnisse saßen voll von Bergarbeitern. Sie saßen wegen Vergehen, für die heute sich kein Straf Richter mehr findet. Nach dem Streik traten die Bergarbeiter in Schlangen und Versammlungen zusammen, um der kommenden Organisation voranzutreiben. Aufrufe erschienen in der Öffentlichkeit, Statuten wurden beraten und verworfen, wieder beraten, bis man sich endlich in Dorffeld zur entscheidenden Tat aufraffte.

Es solle bewiesen werden, daß Lebins, als er Redakteur einer in Bochum erscheinenden parteilosen Zeitung gewesen sei, zu dem Verleger einer gleichfalls in Bochum erscheinenden nationalliberalen Zeitung gegangen sei und sich erboten habe, in der nationalliberalen Zeitung gegen die Zeitung zu polemisieren, deren Redakteur er zu jener Zeit noch gewesen sei.

Es solle bewiesen werden, daß Lebins während der Zeit, wo er journalistisch, vielleicht auch noch während der Zeit, wo er bereits als sozialdemokratischer Redakteur tätig gewesen sei, mit der Polizei in Verbindung getreten und ihr Berichte geliefert habe. Es solle bewiesen werden, daß Lebins zu einer bestimmten Zeit sich selber nicht zu den ehrenhaften Menschen gerechnet haben könne, denn er habe, was ebenfalls erwiesen werden könne, gesagt: „Gefetz, Humanität, Moral, das ist alles Unsinn, das Geld regiert die Welt, Geld steht höher als alle Ideale, der Grundba der Journalisten sei: wer uns am meisten zahlt, der hat uns.“





